
STRUKTURWANDEL DER DEUTSCHEN TEXTIL- UND BEKLEIDUNGSINDUSTRIE

Rezension von: Jürgen Engel,
Internationale
Wirtschaftsbeziehungen und
Strukturwandel am Beispiel der
bundesdeutschen Textil- und
Bekleidungsindustrie; Skarabäus-
Verlag, Bremen 1985, 275 Seiten

Die Textil- und Bekleidungsindustrie werden gemeinhin den sogenannten „Sunset-Industrien“ zugeordnet, also jenen Branchen, welchen in den westlichen Industriestaaten geringe Zukunftsaussichten attestiert werden. Es handelt sich um Industriezweige mit relativ hoher Arbeitsintensität, standardisierten Produktionsverfahren und geringem Qualifikationsniveau der Beschäftigten. Diese Merkmale verschaffen den Entwicklungsländern absolute oder komparative Kostenvorteile bei der Produktion dieser Waren. So sind und waren auch die Textil- und insbesondere die Bekleidungsindustrie seit den sechziger Jahren die „Einstiegsbranchen“ vieler Entwicklungsländer in den Industrialisierungsprozeß. Diese Entwicklung führte in fast allen Industriestaaten zu erheblichen Produktions- und vor allem Beschäftigungseinbußen und in der Folge zu mehr oder weniger massiven Schutzmaßnahmen gegen die Importe aus den sogenannten „Niedriglohnländern“. Trotzdem schrumpfte die Produktion von Textilien und Bekleidung im OECD-Raum zwischen 1973 und 1982 jährlich um 1,5 Prozent. Die Beschäftigung ging erheblich stärker zurück: 4,5 Prozent jährlich in der Textilindustrie und 3 Prozent jährlich in der Bekleidungsindustrie.

Mit den durch diese Verlagerungsprozesse bedingten Auswirkungen auf die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie setzt sich das vorliegende Buch von Jürgen Engel auseinander. Besonderes Augenmerk widmet der Autor dabei der Beschäftigungsproblematik und den entsprechenden Forderungen und Strategien der zuständigen Gewerkschaft Textil/Bekleidung.

Die Entwicklung in der BRD ist deshalb von besonderem Interesse, weil diese als eine der führenden Exportnationen der Welt eine vergleichsweise liberale Außenhandelspolitik verfolgt. Im Gegensatz zu den meisten anderen Industriestaaten hat zudem die öffentliche Hand in der BRD (mit Ausnahme einiger Bundesländer) kaum fördernd in den Umstrukturierungsprozeß der Textil- und Bekleidungsindustrie eingegriffen. Diese Politik führte – verglichen mit anderen Industriestaaten – bereits sehr früh zu erheblichen Produktionseinbußen und Beschäftigungseinbrüchen. Die BRD ist zwar heute der weltweit größte Exporteur von Textilien und – nach Italien – der zweitgrößte Exporteur von Bekleidung. Im Gegensatz zu Italien nimmt sie allerdings die gleichen Ränge auch beim Import dieser Waren ein, wobei die Importüberschüsse von Jahr zu Jahr ansteigen. Die Beschäftigtenzahlen in beiden Industrien haben sich seit Beginn der siebziger Jahre in etwa halbiert, wobei in der Bekleidungsindustrie rund die Hälfte der Arbeitsplatzverluste direkt den Niedrigpreisimporten zuzurechnen sind. Auf die Arbeitsplätze in der Textilindustrie hatte die Importflut hingegen eher indirekte Auswirkungen: hier sind die Beschäftigungseinbußen zum überwiegenden Teil (rund drei Viertel) eine Folge von massiven Rationalisierungsmaßnahmen.

Die erste Gegenstrategie der deutschen Textilindustrie auf die stark steigenden Importe aus den Entwicklungsländern war die kapitalintensive

Massenproduktion von Standardprodukten. Durch Mengenexpansion und Spezialisierung sollten die Lohnstückkosten minimiert werden. Mit dieser Strategie scheiterte die deutsche Textilindustrie allerdings bereits Mitte der siebziger Jahre. Zum einen war es dadurch unmöglich, rasch auf die in diesem Bereich häufigen Nachfrageänderungen zu reagieren, zum anderen war gerade im Bereich der Standardwaren die Konkurrenz aus den Entwicklungsländern am stärksten. In der Folge kam es zu spektakulären Unternehmenszusammenbrüchen, u. a. der „Van-Delden-Gruppe“, die auf ihrem Höhepunkt rund 8000 Arbeitnehmer in der BRD beschäftigte.

Nach dem Scheitern der Massenfertigungsstrategie haben sich die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie aktiv in den Internationalisierungsprozeß eingeschaltet. Die Produktion von standardisierter Massenware wurde in Billiglohnländer verlagert, teils über Direktinvestitionen, überwiegend jedoch über passive Veredelungsverkehre. Der Vorrang der passiven Veredelungsverkehre gegenüber den Direktinvestitionen resultiert aus der Tatsache, daß die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie heute vornehmlich klein- und mittelbetrieblich strukturiert ist. Die Produktion in der BRD konzentriert sich heute auf hochspezialisierte, hochqualitative und modische Produkte sowohl für den Konsum als auch für den industriellen Gebrauch. Nach einer Studie des IFO-Instituts über Produktinnovationen in der Textilindustrie haben 1979 über 50 Prozent der Textilbetriebe Produktinnovationen realisiert. Dabei handelt es sich bei der Hälfte dieser Fälle um rein modeorientierte Produktinnovationen, mit einer Markteinführungsphase von nur einem Jahr. In einer OECD-Studie wird die BRD gemeinsam mit Italien zu den ganz wenigen Industrieländern gerechnet, die die erfolgreichsten Strukturanpassungsmaßnahmen gesetzt hätten. Allerdings hat die deutsche Strukturanpassung im Gegen-

satz zu Italien, wo die Beschäftigung in diesem Bereich sogar gestiegen ist, zu größeren Beschäftigungseinbrüchen geführt als in den meisten anderen Industriestaaten.

In einem umfangreichen Kapitel, vom Autor dezent mit „das Handeln staatlicher Instanzen“ übertitelt, geht es im wesentlichen um die ganze Bandbreite von Maßnahmen seitens der Industrie-, aber auch der Entwicklungsländer zum Schutz der eigenen Textil- und Bekleidungsindustrie. Die Palette reicht von bilateralen Einfuhrbeschränkungen auf Basis des Welttextilabkommens, das soeben auf weitere fünf Jahre verlängert wurde, über prohibitiv hohe Zölle, administrative Einfuhrbehinderungen, technische Handelshemmnisse bis hin zu Subventionen. Die Zielrichtung seitens der Industriestaaten ist dabei durchaus nicht nur die Behinderung der Importe aus den Entwicklungsländern. Beispielsweise sind die übrigen EG-Mitgliedsstaaten, insbesondere Frankreich und Italien, überaus erfindisch, um Importe aus der „liberalen“ BRD zu behindern. So z. B. verlangte Frankreich, dem der hohe Anteil der passiven Veredelungsverkehre der deutschen Bekleidungsindustrie ein Dorn im Auge ist, Herkunftsbezeichnungen für Textilprodukte. Wie bereits erwähnt ist die BRD auch das einzige EG-Land mit einer nennenswerten Textilindustrie, das dieser keine sektoralen Beihilfen zur Verfügung stellt. Das andere Beispiel einer nach Auffassung der OECD geglückten Strukturanpassung, Italien, ist hier weniger kleinlich. Die italienische Regierung übernimmt aus beschäftigungspolitischen Gründen über mehrere Staatsholdings konkursreife Textil- und Bekleidungsunternehmen, wobei deren anhaltende Verluste letztlich aus der Staatskasse getragen werden. Diese staatlichen Textilholdings kontrollieren derzeit rund 5 Prozent der totalen Beschäftigung in der Textilindustrie und mehr als 10 Prozent in der Bekleidungsindustrie. Darüber

hinaus ist in der italienischen Textil- und Bekleidungsindustrie die Schwarzarbeit weit verbreitet, die entweder von staatlicher Seite geduldet oder aus administrativen Unzulänglichkeiten nicht verhindert wird.

Mit den unterschiedlichen Positionen der bundesdeutschen Unternehmergruppen zur Außenhandels- und Wirtschaftspolitik im Textil- und Bekleidungsbereich setzt sich das folgende Kapitel auseinander. Die Position des Bundesverbandes der deutschen Industrie ist kurzgefaßt folgende: Freihandel im Prinzip ja; wenn sich andere Länder aber nicht an dieses Prinzip halten bzw. zu Wettbewerbsverzerrungen beitragen, ist ein Abweichen von diesem Prinzip legitim, wenn auch nicht immer (insbesondere in Zeiten mit hohen Exportüberschüssen) opportun. Da das Vordringen der Entwicklungsländer – insbesondere der Schwellenländer – auf dem Welttextilmarkt und Wettbewerbsverzerrungen als Folge massiver staatlicher Subventionen sowie tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse die Lage der bundesdeutschen Textil- und Bekleidungsbranche nachhaltig verschlechtert haben, unterstützt der Bundesverband der deutschen Industrie das an sich protektionistische Instrument des Welttextilabkommens. Daß die deutschen Importeure und Händler ein Auslaufen dieses Abkommens fordern, liegt auf Grund ihrer Interessenlage auf der Hand.

In einem letzten umfangreichen Abschnitt setzt sich der Autor mit gewerkschaftlichen Reaktionen und Strategien im Hinblick auf die aufgezeigten Verlagerungsprozesse und die daraus resultierenden Arbeitsplatzverluste auseinander. In einer Wirtschaft, in der jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängig ist, bestehen je nach Interessenlage naturgegeben Auffassungsunterschiede über die Vor- und Nachteile von mehr oder weniger Liberalismus zwischen den

einzelnen Gewerkschaften. So wendet sich die Industriegewerkschaft Metall – die mit Abstand größte Einzelgewerkschaft des DGB – aufgrund der zu ihrem Organisationsbereich gehörenden Exportindustrie grundsätzlich gegen protektionistische Maßnahmen. Hingegen macht sich die Gewerkschaft Textil – Bekleidung, die ausschließlich in einem Bereich tätig ist, der einem starken Importdruck unterliegt, massiv dafür stark. Sie wendet sich insbesondere gegen eine Entwicklung, die die Industrialisierung der Entwicklungsländer mit modernsten Produktionsanlagen vorantreibt und gleichzeitig frühkapitalistische Arbeits-, Lohn- und Sozialverhältnisse in den Entwicklungsländern fördert, deren Existenz letztlich Ausstrahlung auf die Arbeitsverhältnisse in den Industriestaaten selbst haben müssen. Damit wird die heimische Industrie verdrängt, ohne daß es zu einer Verbesserung für die Lohnabhängigen in den Entwicklungsländern kommt. Eine nach gewerkschaftlichen Vorstellungen sinnvolle Industrialisierungspolitik muß deshalb zum Ziel haben, in den Entwicklungsländern aufnahmefähige Märkte und Massenkaufkraft zu schaffen. Von gewerkschaftlicher Seite wird daher gefordert, daß in allen Ländern als Mindestnorm die Arbeits-, Sozial- und Lebensbedingungen den Beschlüssen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) entsprechen müssen. Die Gewerkschaft Textil – Bekleidung setzt sich deshalb für die Aufnahme einer entsprechenden Sozialklausel in die Handelsverträge des GATT generell und speziell in das Welttextilabkommen ein. Gelingt den Gewerkschaften in den Industrieländern durch derartige Maßnahmen die „Angleichung nach oben“ nicht, müssen sie die Strategie einer begrenzten Protektion verfolgen, um die „Angleichung nach unten“ als Folge von Produktionsverlagerungen abzuwehren.

Johanna Ettl